

TaylorWessing

DIGITALLEGAL
ACADEMY 2026

Die neue digitale Ordnung im Brennpunkt

Digital Sovereignty: Zwischen globaler Vernetzung und regionaler Kontrolle

Katrin Hellwig, Sandra Hattwig & Dr. Carsten Schulz | 15. April 2026

Sessions 2026

DIGITALLEGAL
ACADEMY 2026
by TaylorWessing

#1 Digital Sovereignty: Zwischen globaler Vernetzung und regionaler Kontrolle
Katrin Hellwig, Sandra Hattwig & Dr. Carsten Schulz am 15. April 2026

#2 Digital Fairness: Der EU-Ansatz zu Dark Patterns, Personalisierung und digitalem Verbraucherschutz
Christine Steffen, Nathalie Koch & Thanos Rammos am 22. April 2026

#3 Digital Resilience: Schutzschild gegen Cyberkriminelle
Dr. Judith Nink, Wiebke Reuter & Dr. Paul Voigt am 29. April 2026

#4 Digital Responsibility: Wer übernimmt die „digitale Verantwortung“?
Magda Grünewald, Maximilian Höving & Dr. Benedikt Rohrßen am 6. Mai 2026

#5 Panel-Diskussion: Digital Geopolitics
Prof. Dr. Rolf Schwartmann, Prof. Dr. Dieter Kugelmann, Svenja-Ariane Maucher & Dr. Axel Freiherr von dem Bussche am 13. Mai 2026



 **Speaker**



Dr. Carsten Schulz
Partner, Taylor Wessing



Sandra Hattwig
Senior Associate, Taylor Wessing



Katrin Hellwig
Senior Legal Counsel, Arvato Systems



Agenda

1	Digitale Souveränität – Erste Einordnung	4
	Was bedeutet Digitale Souveränität	
	Die einzelnen Säulen der digitalen Souveränität	
2	Digitale Souveränität – Der Europäische Rahmen	11
3	Digitale Souveränität in der Praxis	16
4	Besonders betroffene Rechtsträger	18
5	Rechtlicher Rahmen	22
	Rechtliche Anforderungen an Digitale Souveränität	
	DSGVO	
	Data Act	
	NIS-2	
	Cyber Resilience Act	
	AI Act	
6	Digitale Souveränität in der Verwaltung	32
7	Unternehmens-Check	34

1 Digitale Souveränität – Erste Einordnung

➤ Definition und Einordnung

Digitale Souveränität

ist kein universell anerkannter Begriff – wird kontextabhängig von verschiedenen Institutionen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung verwendet.

Grundsätzliches Verständnis:



Die Fähigkeit von Individuen, Unternehmen und Staaten, digitale Infrastrukturen, Daten und Technologien selbstbestimmt und unabhängig zu kontrollieren, zu gestalten und zu nutzen.



Digitale Souveränität aus verschiedenen Perspektiven

Individuelle IT-Nutzer

- IT erfolgreich, sicher und rechtssicher **nutzen** sowie **angemessen Zugang** zu digitalen Ressourcen haben
- Selbstbestimmt über Herausgabe, Erfassung, Speicherung, Nutzung und Verarbeitung **eigener Daten** entscheiden

Institutionelle IT-Nutzer

- Alle **Aspekte individueller digitaler Souveränität** übertragen auf die gesamte Institution
- Schutz sensibler Daten und selbstbestimmter Zugriff auf neuste Technologien als **wirtschaftlicher Erfolgsfaktor**

IT-Hersteller und Service Provider

- Fähigkeit, angestrebte Produkte und Dienstleistungen zu realisieren (**Entwurfs- und Produktionssouveränität**)
- Möglichkeit im fairen Wettbewerb auf den Zielmärkten bestehen zu können (**Marktsouveränität**)

Gesamtgesellschaft

- Fähigkeit, IT-Komponenten **selbst zu entwickeln und digital souverän** zu agieren; **Reduzierung von Abhängigkeiten**
- **Schutz** vor äußeren wirtschaftlichen und politischen Eingriffen
- **Stabilität** im digitalen Bereich/ bei Einsatz von IT

Quelle: Goldacker, Digitale Souveränität, ÖFIT/ Fraunhofer FOKUS, Berlin 2017.



Verschiedene Dimensionen der Digitalen Souveränität

Betriebliche Souveränität

- Fähigkeit, digitale Systeme und Prozesse **stabil und unabhängig zu betreiben**
- Vermeidung von kritischen Lock-ins und Sicherstellung der **Betriebsfähigkeit**

Technische Souveränität

- Zugriff auf und Kontrolle über **Schlüsseltechnologien** (Cloud, KI, Security)
- Fähigkeit, Technologien bewusst **auszuwählen, zu kombinieren und weiterzuentwickeln**

Datensouveränität

- Fähigkeit eigene Daten zu **besitzen, kontrollieren, zu schützen** und ihre Nutzung zu bestimmen
- **Transparenz** über Datenflüsse und sichere Austauschbarkeit sicherstellen

Juristische Souveränität

- Sicherstellung **Compliance mit europäischen und nationalen Vorgaben**
- **Minimierung von Konflikten** mit extraterritorialen Gesetzen anderer Staaten

Kernelemente

Selbstbestimmung

Entscheidungs- und Wahlfreiheit für oder gegen eine Technologie

Kontrolle über Daten & technischer Infrastruktur

Schutz vor fremdem Zugriff und Einflussnahme

Unabhängigkeit ohne Abschottung

Keine Autokratie, sondern bewusste Steuerung von Abhängigkeiten



Handlungsfähigkeit

Bestehende Digitale Abhängigkeit in der Wirtschaft

Repräsentative Befragung von 603 Unternehmen aller Branchen in Deutschland ab 20 Beschäftigten:

96%

der deutschen Unternehmen beziehen
digitale Services & Technologien aus
dem Ausland

90%

unter den Importeuren digitaler
Technologien und Leistungen sehen sich
als „stark“ oder „eher“ abhängig von
ausländischen Partnern

60%

erwarten in den nächsten 5 Jahren eine
steigende Importabhängigkeit
Deutschlands

Hauptgründe für Digitale Souveränität

1. Geopolitische Resilienz & Strategische Autonomie

- Technische Dominanz einzelner Länder wird gezielt als geopolitisches Druckmittel eingesetzt
- Souveräne Infrastruktur als Antwort auf fragmentierte, rivalisierende Weltordnung

2. Vendor Lock-In

- **Übermäßige Abhängigkeiten** in der IT-Lieferkette gefährden die Fähigkeit von Unternehmen, **technologische Entscheidungen unabhängig** zu treffen

Main Drivers

3. Datenschutz & Rechtssicherheit

- Strukturelles und extraterritoriales **Spannungsverhältnis** zum europäischen Datenschutzrecht (DSGVO)
- Beginnende **rechtliche Regulierung** Digitaler Souveränität

4. Wettbewerbsfähigkeit

- Digitale Souveränität wirkt sich positiv auf **Kundenbeziehungen** sowie **Kosten- & Effizienzpotenziale** aus
- Befähigt Unternehmen, **Risiken aktiv zu steuern**, statt ihnen passiv ausgeliefert zu sein

2 Digitale Souveränität – Der Europäische Rahmen

Der Europäische Rahmen

Das Cloud Sovereignty Framework der EU-Kommission definiert Souveränitätsziele



Vergleich verschiedener europäischer Ansätze

Merkmal	Deutschland	Frankreich	Nordics / Baltikum
Primärer Fokus	Rechtssicherheit & Verwaltung	Wirtschaftskraft & Champions	Agilität & Bürgerservice
Haltung zu US-Tech	Kritisch / Distanziert	Konkurrenzorientiert	Pragmatisch / Sicherheitsorientiert
Lösungsweg	Open Source & Regulierung	Industriepolitik & Subventionen	Digital-First & Verschlüsselung
Leitmotiv	„Digitale Selbstbestimmung“	„Strategische Autonomie“	„Digital Resilience“

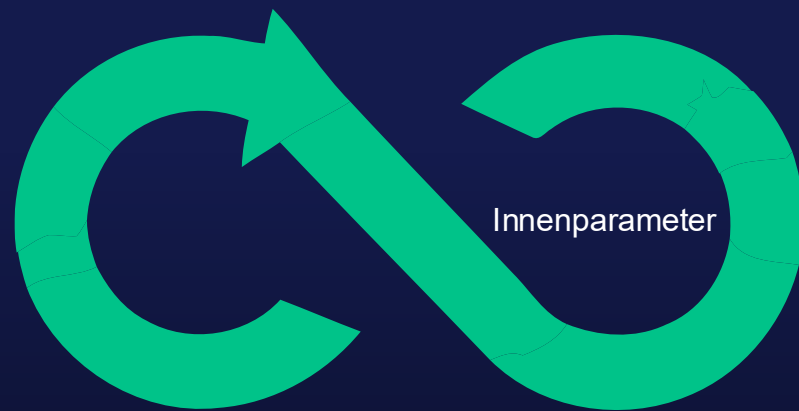
Der französische SecNumCloud Ansatz

Bereich	Kernregelung (SecNumCloud 3.2)	Bedeutung für die Souveränität
Rechtlicher Schutz	Immunität gegen extraterritoriale Gesetze: Der Anbieter muss nachweisen, dass außereuropäische Gesetze keinen Zugriff auf die Daten erlauben.	Verhindert, dass ausländische Behörden ohne EU-Rechtsgrundlage auf Daten zugreifen können.
Eigentumsverhältnisse	Beschränkung ausländischer Anteile: Nicht-EU-Unternehmen dürfen max. 24% der Anteile einzeln und 39% kollektiv halten.	Stellt sicher, dass die strategische Kontrolle über den Cloud-Anbieter in europäischer Hand bleibt.
Datenstandort	Lokalität: Die Server müssen physisch in der EU stehen; der Betrieb und Support müssen von EU-Boden aus erfolgen.	Physische Kontrolle über die Infrastruktur und Einhaltung europäischer Datenschutzstandards.
Personal	Sicherheitsüberprüfung: Administratoren mit hohen Privilegien müssen strengen Hintergrundchecks unterzogen werden.	Schutz vor Spionage oder Sabotage durch Innentäter oder fremde Geheimdienste.
Technik	Starke Isolation & Verschlüsselung: Mandantentrennung auf höchstem Niveau und MFA für alle administrativen Zugänge.	Technischer Schutz der Vertraulichkeit, selbst wenn die Hardware-Ebene angegriffen wird.
Vertrag / Ausstieg	Reversibilität: Verpflichtende Klauseln zur Datenrückführung und Löschung bei Vertragsende.	Vermeidung von Vendor Lock-in ; die Souveränität, den Anbieter jederzeit wechseln zu können.

3 Digitale Souveränität in der Praxis

Digitale Souveränität in der Praxis

Digitale Souveränität als permanenter Abwägungsprozess zwischen verschiedenen Zielen



Außenbedingungen

- Resilienz bei unvorhersehbaren Szenarien
- Physikalische Sicherheit
- IT-Sicherheit bei Hardware und Software
- Zugriffsmöglichkeiten durch Dritte
- Geopolitische Resistenz und Dokumentation



- Tiefe der Wertschöpfung
- Skalierungseffekte vs. Klumpenrisiko
- Innovation vs. Follower
- Sinnvolle Bevorratung

- Attraktivität des Service-Portfolios
- Kundenfreundlichkeit im Nutzen und Preis
- Skalierungs- und Betriebsfähigkeit
- Wettbewerbsfähigkeit/-überlegenheit
- Attraktivität

4 ➤ Besonders betroffene Rechtsträger

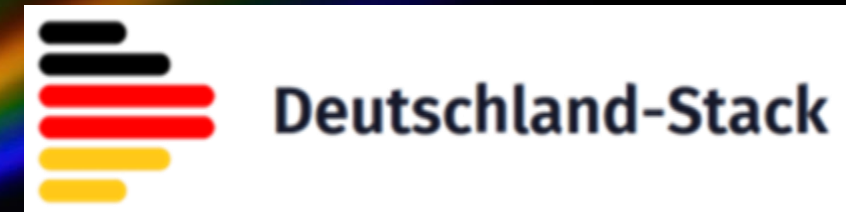
Digitale Souveränität in der Verwaltung



Verantwortung für Deutschland

Koalitionsvertrag zwischen
CDU, CSU und SPD

21. Legislaturperiode



Gipfel zur europäischen digitalen Souveränität

Startschuss für eigenständigeres Europa

bundesregierung.de

Weg von Microsoft: Abgeordnete fordern
digitale Souveränität im EU-Parlament

heise.de

Die FITKO stellt vor: Die föderale Zielarchitektur für Postfach-
und Kommunikationslösungen (ZaPuK)

digitale-verwaltung.de

Bundesregierung beschließt Rechenzentrumsstrategie

Wildberger: „Jedes neue Rechenzentrum stärkt unsere digitale Souveränität und
Wettbewerbsfähigkeit“

bmds.bund.de



Digitale Souveränität kritischer Infrastrukturen und Industrien

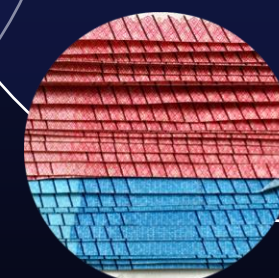


Energie

Transport

Finanzsektor

Gesundheit



Digitale Abhängigkeit als besonderes Risiko



5 Rechtlicher Rahmen

Rechtliche Anforderungen an Digitale Souveränität

Kein deutsches „Souveränitätsgesetz“: kein zentraler gesetzlicher Ansatz, sondern Umsetzung und Ergänzung europäischer Leitplanken.

Bestehende gesetzliche Regelungen können in folgende „Souveränitätsziele“ unterteilt werden:

Daten- & Marktsouveränität (Kontrolle & Wettbewerb)

- DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung)
- Data Act
- **Digital Markets Act (DMA)**
- **Digital Services Act (DSA)**

Infrastruktur- & Hardware-Souveränität

- **EU Chips Act**
- **eIDAS 2.0**

Cyber-Sicherheit & Resilienz (Operative Souveränität)

- NIS-2
- **DORA (Digital Operational Resilience Act)**
- Cyber Resilience Act (CRA)
- AI Act

Anwendungsbereich

Verarbeitung personenbezogener Daten

- Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen (vgl. Art. 4 DSGVO)
- pseudonyme Daten vs. anonyme Daten
- Weiter Verarbeitungsbegriff

- Grundsätzlich nicht im Anwendungsbereich der DSGVO:
 - Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Grundsatz

Grundsätzliche Förderung aller Souveränitätsziele

Transparenz, Art. 5 1 a)

Zweckbindung, Art. 5 1 b)

Datenminimierung, Art. 5 1 c)

Richtigkeit, Art. 5 1 d)

Speicherbegrenzung, Art. 5 1 e)

Integrität und Vertraulichkeit, Art. 5 1 f)

Rechenschaftspflicht, Art. 5 (2)



DSGVO – AVV als Souveränitätsvehikel und bereichsspezifische Anforderungen

Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV), Art. 28

- Festlegung Verarbeitungsort
- Umgang mit Fernzugriffen
- Weisungsgebundenheit
- Ausschluss von „Behördenzugängen“ aufgrund außereuropäischer Jurisdiktion – z.B. CLOUD Act, FISA Section 702
- Anforderungen der Art. 44ff. DSGVO
- Unterauftragnehmer
- Technische – und organisatorische Maßnahmen (z.B. Schlüsselmanagement BYOK/ HYOK)

→ **Vehikel für Souveränitätsanforderungen**

Bereichsspezifische Anforderungen

- Beispiel: Sozialgesetzliche Anforderungen
- § 80 SGB X
- § 393 SGB V

- Zwingende Anforderungen an Datenverarbeitungsort
- Zwingende Anforderung an Vorhandensein von Testaten / Zertifikaten: BSI C 5 / ISO 27001

EU Data Act (VO 2023/2854)

In Kraft seit dem
11. Januar 2024

In Deutschland verbindlich
anwendbar seit dem
12. September 2025

Deutsches Durchführungsgesetz
(DADG) am **26. März 2026** vom
Bundestag verabschiedet

Ziel

- Förderung der Datenverfügbarkeit
- Abbau von Datenmonopolen
- Stärkung der Nutzerrechte
- Stärkung der Datensouveränität Europas

Regelungsbereiche

- IoT-Produkte und damit verbundene Dienste
- Datenzugangsrecht der öffentlichen Hand
- Datenverarbeitungsdienste
- Internationaler Datenverkehr
- Smart Contracts



EU Data Act (VO 2023/2854)

Regelung der digitalen Souveränität

Datensouveränität: Kontrolle über Daten

- Produktdaten und verbundene Dienstdaten müssen für den Nutzer **leicht zugänglich** sein (Art. 3, 4)
- Datenweitergabe an Drittanbieter auf Wunsch des Nutzers (Art. 5)
- **'Data Access by Design'** ab 12. September 2026

Infrastrukturelle Souveränität: Cloud Switching & Kein Lock-In

- Anbieter von Datenverarbeitungsdiensten müssen **Wechselhindernisse beseitigen** und Kunden den Wechsel erleichtern (Art. 23)
- Ermäßigung bzw. Verbot von **Wechselentgelten** (Art. 29)

Wirtschaftliche Souveränität: Faire Verträge

- **Schutz** vor einseitig benachteiligenden Vertragsklauseln bezüglich Datennutzung (Art. 13)
- Besonderer Schutz für KMU

Staatliche Souveränität: Behördlicher Zugang in Krisenlagen

- Pflicht privater Unternehmen zur **Datenweitergabe an Behörden in Notlagen** (Art. 14)
- Sichert staatliche Handlungsfähigkeit ohne allgemeine Datenabgabepflicht

NIS 2 Richtlinie / NIS 2 UmsuCG/ Neufassung BSIG



- In Kraft seit 6. Dezember 2025
- Deutlich erweiterter Kreis betroffene Organisationen – Wesentliche / Wichtige Einrichtungen
- Risikomanagement
- Sicherheits- und Abhängigkeitskontrolle in der Lieferkette
- Meldepflichten bei Sicherheitsvorfällen – mehrstufiges Verfahren

Cyber Resilience Act

- Schrittweises Inkrafttreten bis 2027
- Digitale Souveränität adressiert durch:
 - Reduzierung von Abhängigkeiten durch Mindeststandards: Der CRA etabliert verbindliche Sicherheitsanforderungen für alle Produkte mit digitalen Elementen. Dies verhindert, dass unsichere Hardware oder Software aus Drittstaaten die europäische Infrastruktur schwächt und macht Europa unabhängiger von minderwertigen Technologieträgern.
 - Stärkung der Lieferkettentransparenz (SBOM): Durch die verpflichtende Einführung einer Software-Stückliste (Software Bill of Materials) erhalten europäische Unternehmen und Behörden volle Kontrolle und Wissen über die Bestandteile ihrer digitalen Werkzeuge. Das ermöglicht eine eigenständige Risikobewertung und schnelle Reaktion bei Schwachstellen.
 - Marktortprinzip: außereuropäische Anbieter unterliegen denselben rechtlichen Anforderungen.

EU-AI Act (VO 2024/1689)

Weltweit erste umfassende KI-Regulierung

In Kraft seit 1. August 2024 und wird bis zum 2. August 2027 schrittweise vollständig wirksam

Risikobasierter Ansatz: 4 Risikoklassen

Unannehmbares Risiko – Verboten

Hohes Risiko – Streng reguliert

Begrenztes Risiko –
Transparenzpflichten

Minimales Risiko – Keine Pflichten

+ zusätzliche Regelungen für General Purpose AI (GPAI)

Ziel

Herstellung und Erhaltung eines europäischen Kontrollanspruchs über KI-Systeme und ihre Auswirkungen



EU-AI Act (VO 2024/1689)

Regelung der digitalen Souveränität

Datensouveränität: Kontrolle über KI-Datenbasis

- **Art. 10** – Umfangreiche Datenverwaltungspflichten bei Hochrisiko-KI-Systeme
- **Art. 11, 12, 13** – Technische Dokumentation und Transparenz bei Hochrisiko-KI-Systemen
- **Art. 53 Abs. 1 lit. d** – GPAI-Transparenz bei Trainingsdaten

Regulierungssouveränität

- **Art. 2 Abs. 1** – Marktortprinzip
- **Art. 57** – Nationale KI-Reallabore

Persönliche Souveränität: Schutz individueller Selbstbestimmung

- **Art. 5 – Verbotene KI-Praktiken**
 - Manipulative Verhaltenssteuerung (lit. a,b)
 - Staatliches Social Scoring (lit. c)
 - Biometrische Massenüberwachung (lit. g, h)

Souveränität durch Cybersicherheit

- **Art. 15** – Verpflichtung zur Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit bei Hochrisiko-KI
- **Art. 55** – Cybersicherheitspflichten bei GPAI mit systematischem Risiko

6 ➤ Digitale Souveränität in der Verwaltung

Digitale Souveränität in der Verwaltung

- Umsetzung der Souveränitätsziele über allgemeine Regelungen DSGVO, Data Act, NIS-2, AI-Act etc.
- Daneben bereichsspezifische Europäische Regelungen sowie nationale Regelungen, die insbesondere auch die Förderung von Open Source Software betreffen:
 - Interoperable Europe Act (Verordnung (EU) 2024/903): Verpflichtet Verwaltungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Nutzung gemeinsamer Standards. Sie fördert explizit Open-Source-Lösungen, um die Wiederverwendbarkeit von Software in der EU zu erhöhen.
 - E-Government-Gesetz: Die Bundesbehörden sind nun gesetzlich verpflichtet, bei der Beschaffung oder Entwicklung von Software vorrangig Open-Source-Lösungen zu prüfen und einzusetzen.
 - Vergaberechtsmodernisierungsgesetz: Im Windschatten des Vergaberechtsmodernisierungsgesetzes wurden die EVB-IT umfassend überarbeitet und um Open Source Regelungen ergänzt.
- Souveränitätsziele: Vermeidung von Vendor Lock-ins, Transparenz, Stärkung des lokalen IT-Ökosystems, Langfristige Verfügbarkeit

7 > Unternehmens-Check

Unternehmens-Check

Strategische Ambition: Welchen Grad an strategischer Handlungsfähigkeit streben wir für unsere Kernprozesse an, um die wirtschaftliche Stabilität zu sichern, ohne dabei unsere Innovationskraft durch zu starre Eigenentwicklungen zu bremsen?

Rechtlicher Schutzraum: In welchem Maße muss unsere IT-Infrastruktur rechtlich und finanziell im EU-Ökosystem verankert sein, um uns wirksam vor dem Zugriff fremder Behörden und externen Rechtsansprüchen zu isolieren?

Wirtschaftliche Abwägung: Sind wir bereit, eine „Souveränitäts-Prämie“ (höhere Initialkosten oder Aufwand) zu zahlen, um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit durch Unabhängigkeit von Monopolanbietern zu sichern?

Betriebliche Resilienz: Welche technologischen Kernkompetenzen müssen wir zwingend im eigenen Haus (oder im regionalen Verbund) vorhalten, um auch bei geopolitischen Verwerfungen handlungsfähig zu bleiben?

Daten- & KI-Autonomie: Wie viel Eigenkontrolle über unsere Datenbestände und KI-Modelle ist für unser Zielbild zwingend erforderlich, und in welchen unkritischen Bereichen akzeptieren wir die Kontrolle durch Drittanbieter?

Technologische Offenheit: Welchen Stellenwert nehmen Open Source und offene Standards in unserer Zielarchitektur ein, um sicherzustellen, dass wir Systeme jederzeit ohne technologischen Lock-in auditieren oder migrieren können?

Transparenz der Lieferkette: Wie hoch ist unser Anspruch an die geografische Herkunft und die Transparenz der IT-Lieferkette für unsere kritischen Infrastrukturen?

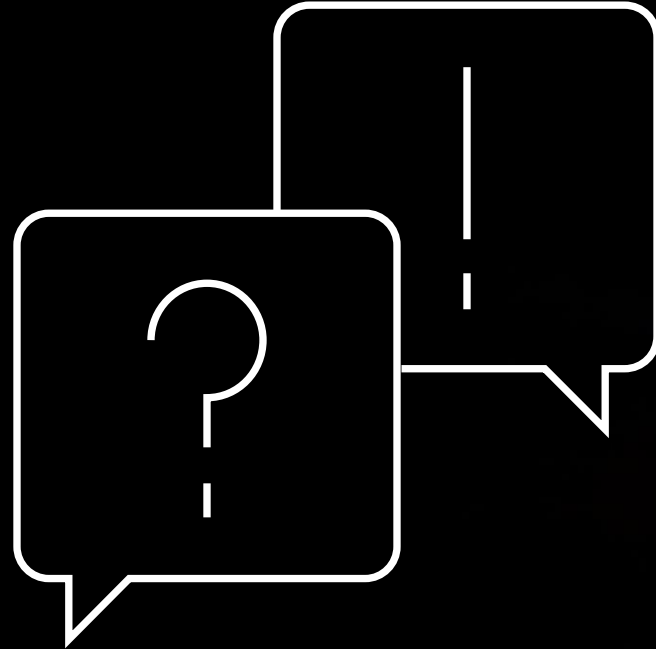
Sicherheits-Hoheit: Inwieweit sieht unser Zielbild vor, dass Sicherheitsoperationen und Compliance-Verpflichtungen ausschließlich unter unserer direkten Kontrolle innerhalb der EU verbleiben?

Nachhaltigkeits-Souveränität: Betrachten wir die Unabhängigkeit bei Energieverbrauch und die Resilienz gegenüber Rohstoffknappheit als integralen Bestandteil unserer digitalen Souveränitätsstrategie?

Interoperabilitäts-Check: Wo gewichten wir die Fähigkeit zur globalen Vernetzung und nahtlosen Zusammenarbeit mit Partnern bewusst höher als die maximale digitale Abkapselung?

➤ **Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit**

Q&A



TaylorWessing

DIGITALLEGAL
ACADEMY 2026

Die neue digitale Ordnung im Brennpunkt

taylorwessing.com

© Taylor Wessing 2026

This publication is not intended to constitute legal advice. Taylor Wessing entities operate under one brand but are legally distinct, either being or affiliated to a member of TaylorWessing Verein. Taylor Wessing Verein does not itself provide services. Further information can be found on our regulatory page at taylorwessing.com/en/legal/regulatory-information.